

Motion CVP-Fraktion:**«Früh investieren statt teuer reparieren: Kindgerechte Politik – jetzt!»**

In ihrem Demographiebericht 40.09.02 formuliert die Regierung das Ziel, St.Gallen als wirtschaftsstarke, familienfreundlichen Kanton zu entwickeln, der seinen Einwohnerinnen und Einwohnern ein hohes Mass an Lebensqualität bietet. Der Bericht zeigt klar, dass angesichts der alternden Gesellschaft eine zukunftsgerichtete, kindgerechte Familienpolitik das strategische Schlüsselthema unseres Kantons bildet. Zur Attraktivität für Familien zählt die Regierung u.a. die materielle Sicherung, die Vereinbarkeit von Berufs- und Betreuungsarbeit in der Familie und die Förderung ergänzender Angebote für die Kinderbetreuung. Zukunftsgerichtete Familienpolitik ist Querschnittspolitik und vor allem kindgerechte Politik. Investitionen in die wirklichen Bedürfnisse unserer Kinder sind sinnvolle und nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Dabei muss der Fokus namentlich auch auf die ersten Lebensjahre gelegt werden.

Alle Erkenntnisse zeigen,

- dass die ersten fünf Lebensjahre sehr massgeblich sind dafür, wie gut jemand das Leben meistert: für die persönliche und gesundheitliche Entwicklung, aber auch für den schulischen und beruflichen Erfolg. Leitmotiv für politische Entscheide muss deshalb die Frage sein, welches die Bedürfnisse der Kinder sind und wie wir ein optimales Umfeld für die Kinder schaffen können. Dies gilt für alle Bereiche.
- dass Kinder für eine gesunde Entwicklung vor allem in den ersten fünf Lebensjahren nicht nur angemessene Betreuung brauchen, sondern auch genügend Gelegenheit, um mit ihresgleichen zu spielen, sich auszutauschen und zu messen. Betreuung einzig und allein durch Erwachsene ist genauso wenig kindgerecht wie keine Betreuung. Das soziale Lernen geschieht in der Gruppe von Kindern.

Weshalb werden immer weniger Kinder geboren, warum altert unsere Gesellschaft, warum zeichnet sich bereits heute in verschiedenen Gemeinden und Regionen eine unausgewogene Bevölkerungsstruktur ab? Kein Wunder: Die heutige Realität ist wenig kindgerecht; viele junge Paare spüren diese Situation und verzichten auf (weitere) Kinder. Viele Kinder haben keine «Gspänli» oder keinen Platz zum Spielen, eine erschreckend grosse Zahl leidet bereits beim Kindergarten-Eintritt an Übergewicht, zu wenig Bewegung oder Konzentrationsschwächen. Bereits 3- und 4-jährige Kinder verbringen laut Erhebungen pro Tag eine bis zwei Stunden vor dem Fernseher, d.h. bis zum Kindergarteneintritt gut und gerne 1000 Stunden.

Die Defizite haben «Spätfolgen». In vielen Bereichen kosten Reparatur-Massnahmen den Staat Millionen-Beträge. Stichworte sind Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung, Folgekosten von Lehrabbrüchen oder von Fettleibigkeit und Bewegungsmangel, Förder- und sonderpädagogische Massnahmen in den Schulen. Letztere allein kosteten im Kanton St.Gallen 2007 rund 75 Mio. Franken – allein in der Volksschule, ohne Sonderschulen. Handlungsbedarf besteht somit nicht nur aus gesellschaftlichen, sondern auch aus finanziellen Gründen. Vorbeugen wäre günstiger als Heilen: Mit den richtigen Angeboten und Massnahmen könnten solche Mängel und Kosten zu einem beträchtlichen Teil vermieden werden. Zugleich könnten z.B. die Deutschkenntnisse ausländischer Kleinkinder verbessert und die Anzahl gescheiterter schulischer Karrieren und Lehrabbrüche reduziert werden. All die Förderangebote haben bis heute zu einem massiven Kostenschub geführt. Mit einer kindgerechten Politik, die früh ansetzt, kann der Bedarf an solchen Angeboten reduziert und somit Kosten gespart werden.

Eine markante Kinder-Offensive tut Not. Alle Erkenntnisse zeigen, dass für die spätere Entwicklung gute Betreuungsangebote wichtig sind. Es gilt, deren Vielfalt zu verbessern und die Zusammenarbeit mit den diversen Anbietern vor Ort zu stärken. Neben den Krippen- und Hort-Angeboten, Mütter- und Väter- sowie Erziehungsberatung sind namentlich Spielgruppen und gleich gelagerte Angebote zu stärken. Kinder sollen an mindestens drei Halbtagen pro Woche mit anderen Kindern zusammen sein und voneinander lernen können. Die entsprechenden

Spielgruppenangebote sind daher nach diesen Richtwerten auszubauen. Dabei sind die heutigen Qualifikationsanforderungen für Spielgruppenleitungen beizubehalten. Ebenso sollen die Angebote wie bisher auf freiwilliger Basis genutzt werden können. Sie müssen jedoch einer sehr massvollen Tarifierung unterliegen, damit sie genutzt werden. Die Gemeinden sollen, ggf. im regionalen Verbund, entsprechende Konzepte entwickeln, umsetzen und die Zusammenarbeit mit den privaten Anbietern intensivieren. Die Gemeinden sollen auch in der Aufsicht der Angebote abschliessend zuständig sein. Ein befristetes kantonales Impulsprogramm soll die Gemeinden dabei unterstützen.

Der Kanton soll zusätzliche Mittel für regionale Förderprogramme zur Verfügung stellen, die Impulse und Anreize in die geschilderte Richtung setzen. Wir fordern die Regierung auf, dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten, mit welcher die gesetzliche Grundlage für eine befristete Mit-Finanzierung solcher Programme geschaffen wird.»

2. Juni 2009

CVP-Fraktion